

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Dr. Kurt Schölerker, Dresden, Neumarkt 10. Druck: Kurt Schölerker, Dresden, Neumarkt 10.

Verleger: Dr. Kurt Schölerker, Dresden, Neumarkt 10. Druck: Kurt Schölerker, Dresden, Neumarkt 10.

Verleger: Dr. Kurt Schölerker, Dresden, Neumarkt 10. Druck: Kurt Schölerker, Dresden, Neumarkt 10.

## Letzte Mahnung der Reichsregierung

### Die Terror-Notverordnung wird fertiggestellt

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 4. August. Das Reichskabinett, das am Donnerstag eine Sitzung abhielt, beschloß, im Hinblick auf die zunehmende Terroritätät im Lande, das Reichsjustiz- und das Reichsinnenministerium mit der Ausarbeitung einer Notverordnung zu beauftragen, die innerhalb von zwei Tagen fertiggestellt werden soll.

Die Notverordnung würde drakonische Strafmaßnahmen für Terrorakte jeder Art, Waffenraub und Waffenspezif überhaupt enthalten und nicht vor der Einführung der Todesstrafe, von Standgerichten und ähnlichen Ausnahmemaßregeln zurückzuführen.

Die Reichsregierung hofft aber, daß die Ankündigung genügen wird, um Verunsicherung zu beseitigen, die im Gefolge der Wahl sich zu zeigen beginnt. Die Reichsregierung will nicht ohne Not die drakonischen Strafmaßnahmen, die sie ins Auge gefaßt hat, zur Anwendung bringen.

Die preussische Regierung hat sich dem Standpunkt der Reichsregierung angeschlossen.

Auch hier will man noch einen oder zwei Tage abwarten und sehen, ob sich die Welle der Erregung nicht doch von selbst beruhigt. Die Reichsregierung will nicht ohne Not die drakonischen Strafmaßnahmen, die sie ins Auge gefaßt hat, zur Anwendung bringen.

se zu Strafen zwingt, die in Deutschland bisher wenigstens ohne Beispiel sind.

### Keine SA-Verbote geplant

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 4. August. Der nationalsozialistische „Angriff“ hatte gemeldet, daß der Reichsinnenminister von Gaus sich mit dem Gedanken trüge, örtliche SA-Verbote zu erlassen, falls der Verdacht gerechtfertigt wäre, daß solche Abteilungen Ausbreitungen gegen linksstehende Kreise begingen. Reichsinnenminister von Gaus legt Wert auf die Feststellung, daß örtliche Verbote nie überhaupt Verbote der SA von ihm nicht beabsichtigt seien.

### Zwei Koffronschützen verhaftet

Berlin, 4. August. Durch die politische Polizei konnten gestern die beiden Schützen und Waffensammler festgenommen werden, die an der Ermordung des SA-Mannes Fritz Schulz in der Triftstraße beteiligt waren. Inzwischen hat einer von ihnen, der 37jährige Döbberitz Hermann, ein Geständnis abgelegt. Er gab an, getroffen zu haben, Carlmann wird noch im Laufe des Tages dem Vernehmungsrichter vorgeführt.

### Handgranatenanschlag in Schlesien

Gleiwitz, 4. August. Wie die nationalsozialistische „Deutsche Post“ meldet, wurde in die Wohnung des Ortsgruppenleiters der NSDAP in Guttenberg eine Handgranate geworfen, die Sachschaden anrichtete. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

## Oesterreich vor der Kapitulation

### Der Hauptauschuss des Nationalrates nimmt das Lausanner Protokoll an

Wien, 4. August. Der Hauptauschuss des Oesterreichischen Nationalrates hat nach längerer Aussprache Donnerstag gegen 14 Uhr das Lausanner Protokoll mit 11 gegen 10 Stimmen angenommen. Durch einen Antrag des Landbundes werden hierbei die Bestimmungen des Protokolls so ausgelegt, daß auch weiterhin für die Mitgliedschaft des Oesterreichischen Nationalrates im Bundesrat die Bestimmungen gelten, die sich aus der Übernahme des Wiener Protokolls vom Jahre 1922 ergeben.

Ein Rückschlag auf die Abstimmung in der Volksversammlung, die in der nächsten Woche stattfinden soll, ist trotz dieser Annahme noch nicht möglich, da die Ämter der Parteienorganisationen des Landbundes neuerlich auf Vertagung bestehen.

### Gegen Kritik von außen

Wien, 4. August. Die Generaldirektion für öffentliche Sicherheit hat Anordnungen des früheren Sicherheitsministers Bachinger an die nachgeordneten Behörden in Erinnerung gebracht, in denen es heißt: Wenn Ausländer, die als Versammlungsdreher auftreten und dabei darauf hinarbeiten, ruhestörende Kundgebungen oder gar gewalttätiges Vorgehen gegen Anhänger anderer Gesinnungsrichtungen hervorzuwirken, dann läßt ihr Vorgehen ihren Aufenthalt im Bundesgebiet als unzulässig erscheinen. Das gleiche gilt auch dann, wenn ausländische Versammlungsdreher sich Angriffe gegen staatliche Einrichtungen Oesterreichs oder abweisende Kritik an diesen ausüben kommen lassen.

## Der polnische Gesandte nochmals bei Neurath

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 4. Aug. Der polnische Gesandte in Berlin erschien am Donnerstagnachmittag um 6 Uhr beim Reichsaußenminister v. Neurath, um bei ihm nochmals mündlich in der bekannten Warschauer Flaggensangelegenheit Einspruch zu erheben. Der Reichsaußenminister v. Neurath erklärte dem polnischen Gesandten, daß er von dem Inhalt der polnischen Protestnote, die heute mittag übergeben worden war, Kenntnis genommen habe und daß die deutsche Regierung schriftlich darauf antworten werde. Im übrigen sehe sich die deutsche Regierung nicht in der Lage, irgendetwas von ihrem schon bei der ersten Unterredung eingenommenen Standpunkt abzugeben. Sie lehne beide polnischen Beschwerden ab, da der deutsche Gesandte den polnischen Protest durch den polnischen Gesandten v. Minteln durchaus korrekt behandelt habe.

die Leitung des polnischen Rundfunks, der sie die schwersten Vorwürfe macht. Die Leitung des Rundfunks hatte natürlich nicht beabsichtigt, das Deutschlandlied zu senden. Es war Gaudys Streichquartett (Dur op. 77 auf Schallplatten, jenes berühmte Streichquartett, das in Oesterreich unter dem Namen „Kaiserquartett“ bekannt ist, ist doch die Welt von Gott erhaltene Franz den Kaiser“ in ihm enthalten, die bekanntlich dieselbe ist wie die des Deutschlandliedes. Die Leitung des polnischen Rundfunks soll nicht wenig verblüfft gewesen sein, als sie merkte, welchen „Fehlgriff“, den diese Wahl im polnischen Sinne darstellt, sie begangen hatte. Manchem deutschen Rundfunkschreiber in den von Polen geräubten Gebieten schlug jedoch das Herz höher.

### Piccard in Zürich

Zürich, 4. August. Die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet, daß, nachdem Professor Piccard mit der Gondel in Zürich eingetroffen ist, der Ballon in etwa vier Tagen fertig sein dürfte. Der Zeitpunkt des Aufstieges hängt jedoch vom Wetter ab. Voraussichtlich wird Frau Professor Piccard mit ihren fünf Kindern am Sonntag in Zürich einsteigen.

### Das Deutschlandlied im polnischen Rundfunk

Wien, 4. August. Gestern abend erlöste im Warschauer Rundfunk plötzlich die Melodie des Liedes: „Deutschland, Deutschland, über alles“. Sofort hingen sich die polnischen Nationalisten ans Telefon und leiteten bei den Rundfunkstellen empörte Verwahrung ein. Heute morgen wittert die gesamte polnische Presse geschlossen über

### Oesterreichs Dawespakt

Der Hauptauschuss des Oesterreichischen Nationalrates hat nun in der Frage, ob das Lausanner Anleiheprotokoll angenommen werden soll oder nicht, mit einer Stimme Mehrheit eine Beschlussempfehlung gefaßt, die bei richtiger Würdigung der Oesterreichischen Interessen und auch vom deutschen Standpunkt aus in gleichem Maße bedauerlich ist. Die darüber entstandenen Meinungsverschiedenheiten haben schon seit der Lausanner Konferenz ein Moment der Spannung in die deutsch-Oesterreichischen Beziehungen gebracht. Man hat es der deutschen Regierung in gewissen Wiener Kreisen verdacht, daß sie bei den Lausanner Beschlüssen über die Anleihe anstelle der Stimme enthielt. Schon damals ist es aufgefallen, daß der Oesterreichische Vertreter in Genf, Baron Pflügl, vor dem Unterzeichnungsakt in einer peinlich unterwürfigen Rede alle Mächte umschmeichelte, ohne Deutschlands auch nur mit einem Wort zu gedenken. Als dann in Oesterreich selbst der Streit entbrannte über die Frage, ob man diese Anleihe unter so entwürdigenden Bedingungen annehmen dürfe, wie sie unter französischem Druck in das Protokoll hineingearbeitet worden waren, da wurde auch das Reich mit in die Debatte gezogen, und der Oesterreichische Abgeordnete Kuntzsch leitete sich jene unglücklichen Ausfälle über angebliche „deutsche Emisäre“ und die „rollende Mark“ — Beleidigungen für die Reichsregierung und das ganze deutsche Volk, die der Bundeskanzler Dollfuß ohne Zurückhaltung, ohne jeden Kommentar passieren ließ. Diese Verhöhnung ist noch nicht ganz vergessen, da kommt die Nachricht, daß der Ausschuss des Nationalrates trotz aller eigener Bedenken und der Warnungen aus Deutschland doch einer finanzpolitischen Regelung für die nächste Zukunft zustimmen will, die Oesterreich nicht nur seiner Unabhängigkeit beraubt, sondern es unvermeidlich zu einer Kolonie im mitteleuropäischen System Frankreichs herunterdrückt.

Es ist keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Landes, — diesen Begriff sollte es zwischen Deutschland und Oesterreich überhaupt nicht geben —, wenn wir davor warnen, diesen verhängnisvollen Beschluß in der Volksversammlung des Nationalrates zu bestätigen; denn es handelt sich hier um eine großdeutsche Frage und um eine Unterdrückung, die für 20 Jahre das Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich bindet. Und die reichsdeutschen Freunde des Oesterreichischen Volkes sind um so mehr in der Lage und berechtigt, in dieser Entscheidung mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, als sie selbst den Leidensweg der Oesterreicher mit dem Lausanner Protokoll jetzt bevorsteht, schon gegangen sind und ihre Erfahrungen dabei gesammelt haben. Denn das Lausanner Protokoll ist für Oesterreich dasselbe, was für uns der Dawespakt war. Bis in die Einzelheiten hinein kann man die Ähnlichkeit mit den Ereignissen verfolgen, die vor acht Jahren über Deutschland hinweggegangen sind.

Genau so wie damals handelt es sich jetzt in Oesterreich um eine Anleihe, mit der man die zusammengebrochene Wirtschaft ankurbeln zu können glaubt. Wie sieht aber diese Anleihe in Wirklichkeit aus? Man spricht nominal von 80 Millionen Schilling. Tatsächlich gehen davon schon 80 bis 70 Millionen ab, je nachdem, wie sich die Tschekoslowakei und Belgien beteiligen. Der verbleibende Betrag wird noch weiter gekürzt durch die Bestimmung, daß nicht der in Oesterreich geltende Zwangskurs des Schillings berechnet wird, sondern der viel niedrigere an den Weltbörsen. Von dem Rest werden nochmals 100 Millionen als Rückzahlung für die englischen Gläubiger und 90 Millionen für die USA abgezogen. Am Schluss bleiben also nur 40 Millionen Schilling, etwa 20 Millionen Mark, als das Pensionsgeld übrig, für das Oesterreich seine Zukunft verkaufen soll. Und damit man in Wien mit dieser Restsumme keine toten Sprünge macht, wird ausdrücklich festgelegt, daß die Anleihe nicht für Budgetzwecke, sondern nur zur Abdeckung innerer Schulden verwendet werden darf. Das ist der effektive Wert. Oesterreich muß dafür versprechen, daß es seinen auswärtigen Zinsen- und Amortisationsdienst aufrecht erhält. Mit den 40 Millionen Schilling wird das ein paar Monate lang möglich sein und dann ist Oesterreich genau so zahlungsunfähig wie heute.

Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, was von seiten der Gläubiger mit diesen Bedingungen geplant ist. Sie alle, vor allem Oesterreichs Todfeind, der tschechische Außenminister Beneš, wissen wahrscheinlich besser als die anleihebedürftigen Wiener Politiker, daß mit dieser

Heute: Der D.N.-Kraftfahrer Seite 9 und 10